

9. Dezember 2014, 22:00 Geheimdokumente

# Luxemburger Steueraffäre weitete sich aus

- Neue Dokumente belegen, dass das Ausmaß der Steuervermeidung in Luxemburg deutlich größer ist als bisher bekannt.
- Bisher stand nur die Steuerberaterfirma Pricewaterhouse-Coopers im Fokus. Doch auch die Prüfungsgesellschaften KPMG, Deloitte sowie Ernst & Young sind in das System der Steuervermeidung verwickelt.
- Betroffen von den neuen Enthüllungen sind 35 Konzerne, darunter Skype und Disney.

Das Ausmaß der Steuervermeidung in Luxemburg ist deutlich größer als bisher bekannt. Das belegen Dokumente, die der *Süddeutschen Zeitung* und weiteren internationalen Medien vorliegen. Demnach helfen die vier wichtigsten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften der Welt Konzernen dabei, ihre Steuerzahlungen mit Erlaubnis Luxemburger Finanzbehörden teilweise drastisch zu senken.

Bisher hatte nur die Firma Pricewaterhouse-Coopers im Fokus gestanden. Nun zeigen die bislang geheimen Unterlagen, dass auch die Prüfungsgesellschaften KPMG, Deloitte sowie Ernst & Young in das System der von Luxemburg geförderten Steuervermeidung verwickelt sind.

Die neuen Unterlagen enthüllen die Praktiken von 35 Unternehmen. Betroffen sind etwa der Internet-Telefondienst Skype, das Unterhaltungsimperium Disney sowie der Hygieneartikelhersteller Reckitt Benckiser (RB), an dem die Familie Reimann beteiligt ist, einer der reichsten deutschen Industriellen-Clans.

Skype konnte über mehrere Jahre bis zu 95 Prozent der Lizenzeinnahmen steuerfrei kassieren. Disney hat im Großherzogtum eine konzerninterne Bank gegründet, die ihre Gewinne mit weniger als einem Prozent versteuerte. Der Konzern RB, zu dem Marken wie Calgon und Clearasil gehören, lässt über Luxemburg Milliardenkredite laufen. Die betroffenen Konzerne und die Steuerberaterfirmen betonten, sich an alle geltenden Gesetze zu halten. Nachfragen zu einzelnen Fällen beantworteten die Prüfungsgesellschaften aber nicht.

Im November hatten die SZ, NDR und WDR sowie das International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ), der britische *Guardian* und weitere Medien berichtet, wie fast 350 Unternehmen Steuerzahlungen in Milliardenhöhe umgehen. Nun belastet ein zweites Datenleck das Großherzogtum.

Die Praxis der Firmen verstößt nicht gegen Luxemburger Gesetze. Die Finanzbehörden des Großherzogtums legalisieren die Steuermodelle, die die vier großen Steuerberaterfirmen mit ihnen aushandeln.

## **Steuerroase geht in die Offensive**

Wie am Dienstag bekannt wurde, versucht die Luxemburger Regierung jetzt, den Ruf der Steuerroase loszuwerden. Das Großherzogtum will bald Frankreich und Belgien über alle Steuerabsprachen informieren, die Konzerne aus den beiden Ländern betreffen. Die Staaten hatten Luxemburg ausdrücklich darum ersucht.

Das Großherzogtum betont, dass diese Datenübermittlung nicht neu sei. Andere Länder hätten schon länger entsprechende Anfragen stellen können, hätten dies jedoch nur eingeschränkt getan. Der Finanzminister des Großherzogtums sagte bei einem Treffen in Brüssel zu, jedem anfragenden Land die jeweiligen Steuerabsprachen mit nationalen Firmen zu übergeben. Eine ähnliche Initiative kündigte der niederländische Finanzminister an.

Deutschland hat keine Anfrage an Luxemburg gestellt. Berlin pocht stattdessen auf ein Gesetz, das EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker angekündigt hat. Demnach sollen die Staaten künftig alle Mitgliedsländer automatisch über Steuerabsprachen informieren, wenn Konzerne aus ihren Ländern betroffen sind. Zudem sollen Mindestregeln gelten.

**URL:** <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/geheimdokumente-luxemburger-steueraffaere-weitet-sich-aus-1.2259025>

**Copyright:** Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

**Quelle:** SZ vom 10.12.2014 /bbr/bob/gam/gie/o.k.

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an [syndication@sueddeutsche.de](mailto:syndication@sueddeutsche.de).